

Politik mit apokalyptischen Zügen

GASTKOMMENTAR VON GERALD MADER



Die Absicht der europäischen Großmächte, eine militärische Kerngruppe zu bilden, steht im Widerspruch zum Willen der Bevölkerung und gefährdet die Existenz der EU.

Die österreichische Wahl-EU-Debatte steht im Zeichen des Für und Wider EU, obwohl nur eine Minderheit für einen Austritt aus der EU ist. Es fehlen jedoch klare politische Antworten auf die strittigen Zukunftsfragen der EU, also insbesondere auf die beiden Richtungskonflikte, welche die EU-Eliten untereinander und zur Bevölkerung spalten. Soll die EU nach den Vorstellungen Großbritanniens eine Freihandelszone werden, wie sie Ralf Dahrenberg, immerhin vier Jahre britischer EU-Kommissar, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 2. Juli 2008 gefordert hat? Brüssel ist nicht Europa und kein Weg zu Europa. Oder soll sich die EU nach der Sachlogik von Walter Hallstein und Jean Monnet in Richtung Bundesstaat, allenfalls Staatenverbund bewegen?

Der andere Zielkonflikt betrifft die europäische Friedenspolitik. Soll sich die EU zu einer militärischen Großmacht entwickeln oder eine Zivilmacht bleiben, die auf Verteidigung, Konfliktvermittlung und primär ziviles Krisenmanagement ausgerichtet ist? Der Irak-Krieg hat die Spaltung der EU im Verhältnis zu den USA nach außen sichtbar gemacht. Nun droht die Spaltung im Verhältnis zu Russland, wie der Kaukasus-Konflikt trotz des diplomatischen Formelkompromisses zeigt, der unterschiedlich interpretiert werden kann.

Wie das Friedensprojekt halbiert wurde

Die EU hatte in ihren Anfängen zwei Ziele verfolgt: Kein Krieg zwischen den europäischen Staaten, und von Europa soll Frieden und kein Krieg ausgehen. Über Initiative von Großbritannien und Frankreich wurde 1999 die ESVP gegründet, welche die EU nicht nur zum Krisenmanagement, sondern auch zu militärischen Operationen Out of Area legitimieren soll. Dies führte zur Militarisierung der EU-Außenpolitik und zur schrittweisen Halbierung des europäischen Friedensprojektes.

Seit dem Irak-Krieg spricht man von der Wiederkehr der Großmachtpolitik alten Stils. Die fatalistische Geschichtsauffassung des Realismus ist damit wieder herrschende Sicherheitsdoktrin. Von neuem Denken und „Haus Europa“ ist keine Rede mehr. Diese Politik trägt apokalyptische Züge, dennoch träumen viele europäische Eliten von einer europäischen Militärmacht, die weltweit ihre nationalen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt. Mit der irreführenden Behauptung, dass sich Führung und Sicherheit nur aus militärischer Stärke ableiten lasse. Die welt-

FRÜHER HABEN
WIR UNS DOCH
AUCH IMMER
WIEDER RECHT
GERNE POLEN
GETEILT



politische Rolle der EU hängt aber nicht von ihrem militärischen Potenzial ab, sondern die Stärke Europas liegt in ihren wirtschaftlichen, innovativen und sozialen Fähigkeiten und Kapazitäten, in der Kultur und in der Ablehnung des Krieges als politisches Mittel. Sie ist auch von niemandem militärisch bedroht, es droht auch keine russische Invasion, wenn man nicht von einem Dritten-Weltkriegs-Szenarium ausgeht. Die EU bedarf auch nicht des Schutzes der Nato. Die Aufstellung eines US-Raketenabwehrsystems in Polen ist weniger eine Garantie als eine Gefährdung der europäischen Sicherheitsinteressen. Das fehlende militärische Potenzial ist daher kein Hindernis, eine führende Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Im Gegenteil: Ihre militärische Schwäche ist ihre Stärke. Denn ihre Aufgaben sind nicht militärische Drohungen, sondern Konfliktvermittlung, Friedensstiftung und die Deeskalation von Konflikten. Im Fall des Georgien-Konflikts heißt dies beispielsweise: Sicherheit und Frieden in Europa gibt es nur mit, nicht gegen Russland. Auch Russland muss zu den Grundlagen umfassender und gemeinsamer Sicherheit zurückkehren.

Richtig ist, dass das Ansehen der EU seit dem Beitritt Großbritanniens und der osteuropäischen Staaten unter einer mangelnden Konsensfähigkeit leidet, die mit dem georgischen Konflikt noch verstärkt wurde (Polen und Balkanländer als Ostblock). Die Konsensfähigkeit im Bereich der Außen-

und Sicherheitspolitik wird sich in naher Zukunft nicht herstellen lassen. Diese Spaltung der EU liegt nicht nur im machtpolitischen Interesse der USA und Russland, sondern auch von Großbritannien, das als Wortführer einer Freihandelszone und von osteuropäischen Staaten auftritt, welche ihre nationalen Interessen, die teilweise im Zusammenhang mit ihren geschichtlichen Erfahrungen stehen, im Wege der EU durchsetzen wollen. Diese Spaltung und diese unterschiedlichen Interessen sind es, die der EU ihre politische Rolle in der Weltpolitik erschweren, aber nicht der Mangel am militärischem Potenzial.

EU braucht eine zivile Avantgarde

Die Absicht der europäischen Großmächte, eine militärische Kerngruppe zu bilden, steht im Widerspruch zu dem Willen der Bevölkerung und gefährdet die Existenz der EU. Es ist daher notwendig, eine Gegenmacht zu bilden, welche die EU zurück in die Zukunft führt. Die EU braucht daher eine zivile Avantgarde, die für einen EU-Vertrag eintritt, der sich zur Zivilmacht, zum zivilen Krisenmanagement, zur Abrüstung bekennt und der den Interessen der Bevölkerung Rechnung trägt. Die EU braucht eine Verteidigungsarmee, aber keine Interventionsarmee. Die ersten Adressaten für eine solche Avantgarde sind die neutralen, die paktfreien und alle jene Staaten, deren sicherheitspolitische Interessen und Rechtssysteme mit einem militärischen Kerneuropa nicht vereinbar sind. Österreich als neutraler Staat sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen. Vielleicht finden sich auch Politiker, die sich mit einer solchen Avantgarde identifizieren können, der die Vision einer besseren EU und einer besseren Welt vorschwebt?

Dr. Gerald Mader ist Präsident des „Österr. Studien-zentrums für Frieden und Konfliktlösung“ (ASPR) und des „European University Center of Peace Studies“.



meinung@diepresse.com